

3/1/2024 Jusos München
Öffnet die Unis

Beschluss: angenommen

Wir fordern:

- Bereitstellung eines kostenlosen, breiten Angebots an Erwachsenenbildung an Universitäten und HaWs von Seiten des Bundes und des Landes.
- Abschaffung der fachlichen Bindung des Studiums für Menschen mit dualer Ausbildung und Berufserfahrung.
- Bereitstellung von öffentlich finanzierten Mikroabschlüssen ohne jede Zugangsbeschränkung an Universitäten und HaWs.
- Jährlicher Bildungsurlaub mit Lohnfortzahlung für alle Arbeitnehmer*innen.
- Seniorenstudium auch ohne Abitur ermöglichen.

Sowohl in der beruflichen als auch in der akademischen Bildung wird das lebenslange Lernen als Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben in Zukunft essentiell sein. Doch die Chancen auf beruflichen Erfolg durch den Zugang zu den Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sind eklatant ungleich verteilt. Meistens haben nur Personen mit Vermögen und/oder sehr hohem Einkommen genug Zeit und Geld für private Weiterbildungen. Trotz des großen Mangels an qualifizierten Fachkräften in Deutschland ist ein großer Teil der Bevölkerung gezwungen, geringqualifizierte Tätigkeiten für wenig Geld durchzuführen und ist nicht in der Lage, sich privat und beruflich weiterzubilden. Durch die Entwicklung von neuen Technologien werden die Unterschiede in der Bezahlung von hoch- und gering qualifizierter Arbeit weiter wachsen. Eine Grundlage für eine moderne und gerechte Wirtschaft wird deswegen in der flächendeckenden Bereitstellung von kostenloser Erwachsenenbildung liegen. Ein großer Teil des Wissens unserer Gesellschaft liegt bei und in den Hochschulen, die ein Quasi-Monopol auf höhere Bildung haben. Deshalb sollte die flächendeckende kostenlose Erwachsenenbildung im deutschen Hochschulsystem etabliert werden. Relevant für die Herstellung von echter Chancengleichheit ist nicht unbedingt nur die beruflich einschlägige Weiterbildung. Für eine inhaltliche berufliche (Neu-)Orientierung kann die Aufnahme von produktiven Freizeitbeschäftigungen oder die Weiterbildung in allgemeinen Bereichen wichtig sein. Die Angebote des lebenslangen Lernens sollten also auch Kurse zur politischen, praktischen und zur Allgemeinbildung umfassen. Viele Hürden, die in Form von Zugangsbeschränkungen für Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften gelten, stehen diesem Ziel entgegen. Das lebenslange Lernen muss für alle Interessierten attraktiv werden. Besonders beruflich qualifizierte Personen müssen von Angeboten des lebenslangen Lernens angesprochen werden, ohne dass dabei die akademische Bildung der beruflichen Bildung übergeordnet wird. Deswegen muss die fachliche Bindung aufgehoben werden, die aktuell für Menschen mit einer 2-jährigen dualen Berufsausbildung und anschließend 3 Jahren Berufserfahrung gilt, die an einer Universität oder einer HaW ein Studium absolvieren möchten. Allen Bürger*innen soll zu jedem Zeitpunkt ihrer Biographie die Entscheidungsgewalt über ihren Lebenslauf gegeben werden. Die Universitäten und HaWs als Orte des Lernens und Wissens sollen jederzeit und für alle zugänglich sein. Dabei geht es nicht allein um Studierende, sondern auch um diejenigen, die keinen Hochschulabschluss anstreben. Dafür fordern wir die Einführung von öffentlich finanzierten Mikroabschlüssen, die

unabhängig von bisherigen Qualifikationen absolviert werden können. Jede*r soll die Möglichkeit haben, dieses Bildungsangebot wahrzunehmen. Wir fordern deswegen ein kostenloses Angebot von entsprechenden Mikroabschlüssen in technischen, naturwissenschaftlichen, politischen, medizinischen, juristischen und sozialen Fachbereichen sowie fächerübergreifende Angebote. Wir fordern außerdem, dass Angestellte und Arbeiter*innen gesetzlichen Anspruch auf die Möglichkeit haben sollen, mindestens einmal im Jahr ein Bildungsangebot der Hochschulen anzunehmen. Für die Zeit der Weiterbildung wird die Lohnfortzahlung seitens der Arbeitgeber*innen durch Bund und Land gewährleistet. Wir fordern die Öffnung der Universitäten für alle Schichten der Bevölkerung und somit ein Ende eines Bildungssystems von Eliten für (künftige) Eliten.

Überweisen an

Bezirksparteitag, Landesparteitag